

## A3 Antifa heißt Klimaschutz!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 20.05.2026  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

### Antragstext

1 3,2 Grad. 0 Ausreden.

2 Das Pariser Klimaabkommen war 2015 – und elf Jahre später bleibt vom 1,5-Grad-  
3 Ziel nicht mehr viel übrig. In nur 10 Jahren haben wir unsere Chance auf ein  
4 stabiles Klima quasi abgeschafft. Wenn der Status Quo beibehalten wird, leben  
5 wir schon 2050 mit 2 °C Erderwärmung und bis zum Ende des Jahrhunderts rechnet  
6 das Umweltbundesamt aktuell mit 3,2 °C Erwärmung.

7 Das wird für uns drastische Folgen haben. Jeden Sommer wird es mehr Hitzetote  
8 geben, da 40 °C eine normale Sommertemperatur sein wird. Das wird vor allem  
9 Säuglinge, alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen treffen. Also gerade  
10 die Gruppen, die sich häufig nicht selbst schützen können.  
11 Infektionskrankheiten, die oft tödlich enden, wie Malaria oder auch Gelbfieber,  
12 werden sich weit über ihre bisherigen Gebiete verbreiten. Durch starke  
13 Regenfälle nehmen die überschwemmten Flächen zu, wodurch mehr Mücken und andere,  
14 auch tropische, Insekten sich vermehren. In Kombination mit der Hitze kann das  
15 zu bakteriellen Erregern, wie Typhus und Cholera, in Europa führen, worauf unser  
16 Immunsystem nicht vorbereitet ist. Bereits 1°C mehr Erderwärmung führt zu 6 %  
17 weniger Mais-, Reis-, Soja- und Weizenerträgen, was eine unglaubliche  
18 Versorgungsunsicherheit und absehbar Hungerkatastrophen mit sich bringen würde.  
19 In einer 3-Grad-Welt wären rund 19 % der Erdoberfläche praktisch unbewohnbar.  
20 Davon sind rund 3 Mrd. Menschen betroffen, deren Existenz auf dem Spiel steht.

21 Durch die Erderwärmung werden sich aber auch Lebensräume von Tierarten  
22 verschieben. Bis zu 30 % aller Arten sterben vermutlich aus, wobei gerade die  
23 mit kleinen Lebensräumen sehr gefährdet sind. Aktuell ist der Klimawandel noch  
24 nicht die Hauptursache für das Artensterben, allerdings kann er das noch werden.

25 Die Klimakrise macht die Welt unberechenbar. Wetterextreme nehmen zu, aber auch  
26 ganze Systeme können kippen. Durch die Versauerung der Ozeane könnte der  
27 Golfstrom kollabieren und zu extremen, unbeherrschbaren Temperaturunterschieden  
28 zwischen Wintern und Sommern in Europa führen.

29 Die Klimakrise ist eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit und damit  
30 eine Gerechtigkeitsfrage, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

31 Kein LNG, keine Lausitz-Kohle – echte Energiewende jetzt

32 Während die Klimakrise sich also immer schneller entwickelt, möchte die  
33 Bundeswirtschaftsministerin Reiche langfristige Gasverträge und dabei vor allem  
34 die aktuelle LNG-Struktur erhalten sowie ausbauen. LNG steht für Liquefied  
35 Natural Gas, also flüssiges Erdgas, das aus anderen Ländern, wie aktuell aus den  
36 USA, nach Deutschland importiert wird. Beim Abbau durch Fracking werden ganze  
37 Gebiete verseucht, Arten sterben, Menschen werden vertrieben, Aktivist\*innen  
38 verfolgt, die Gesundheit von Anwohner\*innen gefährdet. All das meist vor allem  
39 für die Profite von großen westlichen Gaskonzernen. Der LNG-Ausbau widerspricht  
40 nicht nur den deutschen Klimazielen, sondern Wissenschaftler\*innen sprechen

41 sogar von einem Gas Lock-in. Durch langfristige Verträge oder hohe  
42 Investitionskosten werden wir quasi gezwungen weiter Gas abzunehmen und zu  
43 verfeuern, als gäbe es kein Morgen. Die künstliche Konkurrenz durch fossile  
44 Energien blockiert außerdem zusätzlich den Ausbau von erneuerbaren Energien.  
45 Erdgas ist kein klimafreundlicher „Brückenenergieträger“, sondern verursacht  
46 erhebliche CO<sub>2</sub>- und Methan-Emissionen. Außerdem werden aktuell systematisch  
47 Gesetze zu erneuerbaren Energien zurückgedreht, statt sie weiter voranzutreiben.

48 Auch Milliardeninvestitionen in fossile Infrastruktur, wie den Kohleabbau in der  
49 Lausitz, arbeiten gegen die Einhaltung der Klimaziele. Dort werden weiterhin  
50 Dörfer, Naturflächen und Lebensräume trotz wissenschaftlicher Warnungen  
51 zerstört. Braunkohle gehört zu den klimaschädlichsten Energieformen und  
52 verursacht enorme CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Lausitz braucht einen sozial gerechten  
53 Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen!

54 Diese fossile Energiepolitik stärkt autoritäre Regimes und schafft geopolitische  
55 Abhängigkeiten von Staaten wie Katar oder auch den USA. Statt neuer Gasbohrungen  
56 braucht es massive Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und  
57 eine demokratische, öffentliche Energieversorgung.

58 Nationalismus, Hetze und fossile Interessen

59 Während die Folgen der Klimakrise immer sichtbarer werden, formiert sich  
60 weltweit gleichzeitig eine politische Bewegung der global agierenden extremen,  
61 meist populistischen Rechten, deren Ideologie auf Wissenschaftsfeindlichkeit und  
62 Nationalismus fußt. Nationalismus als deren Leitprinzip stößt bei globalen  
63 Krisen mit seinen politischen Antworten wortwörtlich an seine Grenzen, da ein  
64 planetarer Temperaturanstieg sich nicht an Staatsgrenzen stoppen lässt.  
65 Populismus wiederum ist auf kurzfristige Popularität angewiesen und damit selbst  
66 strukturell unfähig, eine langfristige nachhaltige Politik zu verfolgen.

67 Die extreme Rechte findet sich global in Netzwerken und Strukturen zusammen, die  
68 unter anderem durch Tech-Milliardäre, die sogenannten Brologarchen, und fossile  
69 Unternehmen finanziert werden. In rechten „Think Tanks“, wie EIKE, welches durch  
70 Wissenschaftler\*innen als Zentrum der organisierten Klimaleugnerszene bezeichnet  
71 wird, oder dem rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ können Strategien  
72 erdacht und in jenen rechtsextremen Netzwerken verbreitet werden.

73 Durch interne Plattformregulationen und die Privilegierung rechter und hetzender  
74 Inhalte zerstören besagte Tech-Unternehmen die demokratische Öffentlichkeit und  
75 untergraben unsere Diskursfähigkeit. Intransparent finanzierte alternative  
76 Mediennetzwerke wie NIUS oder Apollo, aber auch rechte Influencer\*innen nutzen  
77 dies als Vorteil für offene Hetz- und Desinformationskampagnen. Durch  
78 rechtskonservative Publikationen wie BILD, FOCUS oder Cicero nehmen sie Einfluss  
79 auf den politischen Mainstream, wie an Kampagnen wie bspw. gegen Dr. Brosius-  
80 Gersdorf und das Heizungsgesetz deutlich wird. Dadurch können sie enorm an  
81 politischer Schlagkraft gewinnen. Auch die profilierten rechten Medienhäuser  
82 profitieren dabei immer wieder von Zuwendungen oder Werbeeinnahmen durch die  
83 fossile Lobby. Gegen diese Kampagnen müssen wir bewegungsübergreifend  
84 zusammenstehen, Desinformation widersprechen und Aktivist\*innen Rückendeckung  
85 geben, um Resilienz gegen organisierte Hetze zu entwickeln.

86 Global vernetzt - Rechtsextreme gegen Demokratie und Klimaschutz

87 Die Geflechte der internationalen Rechten sind paradox: Nationalistische  
88 Akteur\*innen, die nach außen eine Politik der Abschottung proklamieren und die  
89 sich aktiv gegen die internationale Zusammenarbeit bei globalen Krisen  
90 aussprechen, sind selbst international eng vernetzt. Als internationalistisch  
91 organisierte Nationalisten bekämpfen sie wissenschaftliche Erkenntnisse mit  
92 populistischen Erzählungen und verwandeln globale Krisen wie die Klimakrise in  
93 nationale Feindbilder, die jede demokratische und grenzüberschreitende Lösung  
94 blockieren. Während rechte Netzwerke den öffentlichen Diskurs verschieben,  
95 erzielen Großkonzerne wie „Shell“ in Energie- und Kriegskrisen enorme  
96 Zusatzgewinne und setzen ihre starke politische Lobby ein, um  
97 Klimaschutzauflagen zu verwässern und politische Entscheidungen im Sinne  
98 fossiler Geschäftsmodelle zu beeinflussen.

99 Eine gerechte Aushandlung von Klimaschutz geht nur auf demokratischer Grundlage.  
100 Diese stellen Rechtsextremisten ganz grundsätzlich in Frage. Durch den Angriff  
101 auf Minderheiten, Teilhaberechte, unabhängige Medien oder politische  
102 Gegner\*innen gefährden sie unser Zusammenleben. Rechtsextreme wollen die  
103 Demokratie abschaffen. Aber egal ob durch Hetze und Desinformation im  
104 bestehenden Diskurs oder den Angriff auf Institutionen - gerechte Aushandlungen  
105 sind so nicht möglich.

106 Autoritäre „Antworten“ auf die Klimakrise

107 Neben der offenen Leugnung der Klimakrise stützt sich die extreme Rechte auf die  
108 schon bestehenden Ideen des Ökofaschismus. Hier werden ökologische Krisen und  
109 Ressourcenkonflikte nicht geleugnet, sondern anerkannt. Dies ist aber  
110 rassistisch und nationalistisch begründet. Anstatt globale und solidarische  
111 Lösungen zu finden, wird „Heimatschutz“ beschworen. Das bedeutet, dass Grenzen  
112 geschlossen werden sollen, um angeblich „überflüssige“ oder „fremde“ Menschen  
113 auszuschließen oder sogar Gewalt zu legitimieren. Somit nutzen rechte  
114 Akteur\*innen Klima- und Umweltpolitik für ihre eigene menschenfeindliche Agenda,  
115 die autoritäre, ausgrenzende Ordnungsvorstellungen durchsetzen soll.

116 Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen

117 Wenn wir das Klima in den Griff bekommen wollen, dann nur gemeinsam. Bei einer  
118 globalen Krise muss auch die Lösung global gedacht und gemeinsam ausgehandelt  
119 werden. Klimagerechtigkeit richtet sich dabei nicht nach europäischen oder  
120 nationalen Interessen. Nationaler Egoismus und Misstrauen sind keine Grundlage  
121 für Zusammenarbeit.

122 Westliche Staaten müssen sich ihrer Verantwortung als größte Verursacher von  
123 Emissionen und ihrer Schuld als Täter des (Neo-)Kolonialismus stellen. Im  
124 Zusammenhang des Kolonialismus sind Macht, Wissen und Kapital anhand  
125 rassistischer Kriterien strukturiert worden. Auf diese Weise wird die westliche  
126 Welt bevorteilt und die Ausbeutung nicht-westlicher Staaten bis heute  
127 legitimiert. Diese Systeme, Denkstrukturen und Machtverhältnisse bestehen bis  
128 heute weiter. Ernst gemeinte Klimagerechtigkeit muss dekolonial sein, diese  
129 Systeme in Frage stellen und abschaffen!

130 Konkret bedeutet das unter anderem eine gerechte Lasten- und Kostenverteilung  
131 bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Anpassung an ein instabiles, heißeres  
132 Klima zu akzeptieren. Internationale Regime, wie das Welthandels- oder  
133 Finanzsystem, sind auf westliche Interessen ausgerichtet und sorgen bis heute

134 dafür, dass reiche Staaten und Konzerne bevorteilt werden. Sie schaffen  
135 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Kapitalstarke Staaten und  
136 Unternehmen können so von Extraktivismus (Ressourcenausbeutung), Patenten und  
137 frühen Investitionen profitieren, während die Chancen für alle ohne Kapital,  
138 sich an die neue klimatische Realität anzupassen, noch weiter erschwert werden.  
139 Diese Ausbeutungssysteme sind flankiert von rassistischer Grenz- und  
140 Migrationspolitik. In einer Welt menschenverursachter Katastrophen, Dürren,  
141 Überschwemmungen und tiefgreifender Klimaveränderungen werden Fluchtbewegungen  
142 zunehmen. Auch aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive muss deshalb gelten: No  
143 Border, No Nation, No Neokolonialismus.

144 Gerechte Transformation statt Scheinlösungen

145 Autokraten wie Trump blockieren internationale Klimapolitik und erpressen bspw.  
146 die EU zu fossilen Importen. Durch diese sind wir abhängig von autoritären  
147 Regimen. Von Armut betroffene Personen sind von Preissprüngen am meisten  
148 betroffen, fossile Konzerne dagegen lassen sich mit Übergewinnen und  
149 Subventionen wie dem Tankrabatt die Krise vergolden. Jeder Cent in fossile  
150 Energien ist ein Cent für die Zerstörung von Klima und Demokratie. Es muss  
151 gelten: Kein Gas und Öl mehr von Autokrat\*innen und Faschist\*innen, keine Kohle  
152 für Zerstörung! Wer den Planeten kaputt macht, gehört abgeschafft: Fossile  
153 Unternehmen enteignet, Lobbyismus und Werbung für die Klimazerstörung verboten,  
154 die Finanzierung rechter Netzwerke und Medienplattformen trockengelegt!

155 Doch auch "grüne" Technologien haben neokoloniale Schlagseiten. Durch  
156 Bergbauprojekte, u.a. in Lateinamerika, werden vor Ort Natur und Lebensräume  
157 zerstört, Bewohner\*innen werden vertrieben und Aktivist\*innen erfahren  
158 Repression. Spätestens die Klimakrise macht klar: Es gibt kein grenzenloses  
159 Wachstum, wie ihn Kapitalismus-Jünger sich wünschen. Klimagerechtigkeit bedeutet  
160 Solidarität mit den Aktivist\*innen vor Ort, keine grüne Ressourcenausbeutung,  
161 sondern nachhaltiges Wirtschaften und die globale Aushandlung gerechter  
162 Ressourcenverteilung.

163 Antifa heißt Klimaschutz!

164 Die Klimakrise betrifft ökonomisch benachteiligte und sozial ausgegrenzte  
165 Personen zuerst. Jede zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen  
166 Ausgrenzung und Autoritarismus einsetzt, muss auch die Klimakrise in ihre Kämpfe  
167 einbeziehen und ihren Aktivismus klimagerecht denken.

168 Als Zivilgesellschaft und Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung müssen wir  
169 deshalb Druck für eine klimagerechte Politik aufbauen. Das ist nicht immer  
170 einfach. Die Klimakrise stellt uns vor viele Gerechtigkeitsfragen. Sie kann  
171 verängstigen und ratlos machen. Die Fragen haben aber auch Antworten und machen  
172 klar wie selten zuvor: Eine andere Welt ist möglich, sie muss es sogar sein.  
173 Indem wir unsere Kämpfe verbinden, können wir sie gemeinsam gestalten.  
174 Solidarität und Empathie kann man lernen und erfahren. Wir lassen uns nicht von  
175 Rechten vereinzeln und die Hoffnung nehmen. Wir kämpfen für eine bessere Welt.

176 Klimagerechtigkeit geht nur global, antifaschistisch und gemeinsam. Antifa heißt  
177 Klimaschutz!

## Begründung

im Text selbst.

Die Erde wird immer wärmer

Die Erde wird wärmer. Das nennt man Klima-Wandel oder Klima-Krise.

Im Jahr 2015 haben viele Länder versprochen: Die Erde soll sich nicht mehr als 1,5 Grad erwärmen. Dieses Versprechen heißt: Pariser Klima-Abkommen.

Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Wenn sich nichts ändert: Bis zum Jahr 2100 wird die Erde 3,2 Grad wärmer sein.

Was passiert bei mehr Wärme?

Mehr Wärme bedeutet:

- Im Sommer wird es sehr heiß. 40 Grad können normal werden. Das ist gefährlich für Babys und kranke Menschen.
- Krankheiten wie Malaria breiten sich aus. Diese Krankheiten können töten.
- Starke Regenfälle kommen öfter. Dann gibt es mehr Überschwemmungen. Mehr Insekten vermehren sich. Das kann neue Krankheiten bringen.
- Es gibt weniger Getreide und Gemüse. Dann haben Menschen weniger zu essen. Viele Menschen könnten hungern. • Viele Tiere sterben aus. Vielleicht bis zu 30 von 100 Tier-Arten.
- Rund 3 Milliarden Menschen könnten ihre Heimat verlieren. Weil ihre Heimat zu heiß oder überflutet wird.

Was müssen wir tun?

Wir brauchen echte erneuerbare Energien. Das bedeutet: Strom aus Wind, Sonne und Wasser.

Was wir nicht brauchen:

- Kein Flüssig-Gas (auf Englisch: LNG). Dieses Gas kommt aus anderen Ländern. Es schadet dem Klima. Es macht uns abhängig von anderen Ländern.
- Keine Braunkohle mehr. Braunkohle schadet dem Klima sehr stark. In der Lausitz werden dafür Dörfer abgerissen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen stattdessen: Sichere Arbeitsplätze in umweltfreundlichen Branchen. Zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien.

Rechte Politik und Klima-Schutz

Manche politischen Gruppen sagen: Der Klima-Wandel ist nicht so schlimm. Oder: Der Klima-Wandel existiert gar nicht.

Das stimmt nicht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig: Der Klima-Wandel

ist real und gefährlich.

Diese rechten Gruppen arbeiten oft mit Öl- und Gas-Firmen zusammen. Die Firmen wollen weiter Geld verdienen. Deshalb blockieren sie Klima-Schutz.

Wir müssen das gemeinsam stoppen.

Klima-Gerechtigkeit für alle Menschen weltweit

Die Klima-Krise ist ein globales Problem. Das bedeutet: Das Problem betrifft die ganze Welt.

Deshalb müssen alle Länder gemeinsam handeln.

Reiche Länder haben mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen. CO<sub>2</sub> ist ein Gas, das die Erde erwärmt.

Deshalb haben reiche Länder eine besondere Verantwortung. Sie müssen mehr helfen.

Wenn das Klima sich verändert: Werden mehr Menschen fliehen. Weil ihre Heimat unbewohnbar wird. Diese Menschen brauchen Schutz und Unterstützung.

Faire Lösungen – keine falschen Versprechen

Fossile Energien sind: Öl, Gas und Kohle. Sie schaden dem Klima. Wer das Klima zerstört, muss aufhören.

Auch manche „grüne“ Technologien können Menschen schaden. Zum Beispiel beim Abbau seltener Metalle werden Menschen in anderen Ländern vertrieben. Das ist nicht gerecht.

Wir wollen: Echten Klima-Schutz. Der allen Menschen nützt. In Deutschland und weltweit.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Klima-Krise trifft arme Menschen zuerst. Und Menschen, die ohnehin weniger Rechte haben.

Deshalb gehören zusammen:

- Kampf gegen die Klima-Krise.
- Kampf gegen Ausgrenzung.
- Kampf für Demokratie.

Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir kämpfen gemeinsam für eine bessere Welt.

Klima-Schutz geht nur gemeinsam!